



Sozialpolitik kostet Geld

Gute Sozialpolitik ist bezahlbar. Voraussetzung dafür ist, dass soziale Gerechtigkeit, gesellschaftliche Teilhabe und gute Bildung Maßstab für die Steuerpolitik sind. Ein Staat, der durch Steuersenkungen auf seine Einnahmen verzichtet, macht sich künstlich arm und wird handlungsunfähig. Dem Landeshaushalt Hessen fehlten durch die Steuersenkungen seit 1998 insgesamt 10 Milliarden Euro. Im Bundeshaushalt waren es 50 Milliarden Euro im Jahr 2010. Das ist der Preis dafür, dass die Vermögen der Reichen zu Lasten der Armen geschont werden. Das private Geldvermögen ist in Deutschland allein im letzten Jahr um 4,7% auf 4,88 Billionen Euro gestiegen, dazu kommen 8 Billionen Euro an Sachvermögen und Immobilien.

Deshalb brauchen wir eine sozial gerechte Steuerpolitik, die auf Vermögen über eine Millionen Euro 5% Vermögenssteuer erhebt. Dadurch ergeben sich Mehreinnahmen von jährlich 80 Milliarden Euro. Die Wiederanhebung des Körperschaftsteuersatzes auf 25%, die Beschränkung des steuerlichen Betriebsausgabenabzugs für Managervergütungen und die Besteuerung der Extraprofite aus Emissionshandel bringen 40 Milliarden Euro Mehreinnahmen. Eine Finanztransaktionsteuer auf alle Wertpapier-, Derivate- und Devisenumsätze bringt 27 Milliarden Euro ein. Damit ist eine gute Sozialpolitik für Alle finanzierbar. Es bedarf einer Regierung, die das auch will.

Sozialpolitik in Hessen – in Verantwortung für Jung und Alt

www.linksfraktion-hessen.de

Sprechen Sie mit uns, lernen Sie uns kennen:

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden

Tel.: 0611-3506090, Fax: 0611-3506091

E-Mail: die-linke@ltg.hessen.de

Internet: www.linksfraktion-hessen.de

DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG



Bildnachweis:

Innen © manu - Fotolia.com

Klappe © Gina Sanders - Fotolia.com

Front © sk_design - Fotolia.com

Sozialpolitik soll ausgleichen

Sozialpolitik hat die Aufgabe, ausgleichend auf die unterschiedlichen Lebenssituationen der Menschen einzuwirken. Familien mit Kindern brauchen eine andere Unterstützung als Alleinstehende oder alte, pflegebedürftige Menschen. Deshalb muss Sozialpolitik viele verschiedene Unterstützungsangebote machen.

Wir brauchen mehr und nicht weniger Geld für Kitas, Schulen, Beratungsstellen, Frauenhäuser, Familienbildungsstätten, Volkshochschulen, Integration, Inklusion, Seniorenarbeit und Pflege.

Eine Steuerpolitik, die Vermögende und Unternehmen wieder stärker belastet und ein Mindestlohn von 10 Euro sind der beste Schutz gegen eine gesellschaftliche Abwärtsspirale. Kurzfristig fordern wir die Anhebung des Hartz IV-Regelatzes auf 500 Euro bis 2013. Perspektivisch setzen wir auf die Einführung einer bedarfsdeckenden und sanktionsfreien Mindestsicherung.

Bildung von Anfang an

Kitas und Krippen sind Bildungseinrichtungen. Sie müssen personell gut ausgestattet und gebührenfrei sein. Nur eine kinderfreundliche Politik kann dazu führen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich wird. Eltern müssen die Sicherheit haben, dass ihre Kinder gut betreut die bestmögliche Bildung bekommen.

Wir wollen gebührenfreie Kinderbetreuung und gemeinsames Lernen bis zur Klasse 10. An allen Bildungseinrichtungen soll es für alle Kinder ein kostenloses Mittagessen geben.

Soziale Stadt

In den meisten Städten haben sich einzelne Stadtteile zu Armutsquartieren entwickelt. Das Projekt „Soziale Stadt“ steuert dem wirksam entgegen: Die Gestaltung von Freizeitgelände, Betreuung von Spielplätzen, Treffpunkte im Quartier und Beratungsangebote beeinflussen die Lebensqualität im Stadtteil wesentlich.

Wir fordern, die Streichung bei den Mitteln des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ zurück zu nehmen. Das Land Hessen muss sicherstellen, dass die Projekte weiter finanziert werden.

Gute Gesundheitsversorgung für Alle

Gleiche medizinische Versorgung für Alle ist eine Pflichtaufgabe. Einem Ärztemangel in ländlichen Gebieten und armen Stadtteilen steht oft eine Überversorgung in wohlhabenden

urbanen Zentren gegenüber. Medizinische Versorgungszentren, angesiedelt bei den Städten und Gemeinden, schaffen attraktive Arbeitsplätze für junge Ärztinnen und Ärzte und sichern die medizinische Versorgung.

Geschlechtergerechtigkeit verwirklichen

Frauen, vor allem alleinerziehende Mütter, sind von der Politik des Sozialkassenschlags besonders betroffen. Wir fordern ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, einen bedarfsgerechten Ausbau öffentlicher Ganztageeinrichtungen zur Kinderbetreuung und die Wiedereinführung von Umschulungen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Hartz-IV-Bezieherinnen.

Gewalt gegen Frauen stoppen

Frauen sind im öffentlichen wie im privaten Bereich vielfältigen Formen von Gewalt ausgesetzt. Landesweite Programme im Kinder- und Jugendbereich können Gewaltprävention leisten.

Wir fordern flächendeckende Beratungsstellen für Mädchen und Frauen, ausreichend therapeutische Angebote für Gewaltopfer und eine bedarfsgerechte Finanzierung der Frauenhäuser.

Kinder schützen

Immer wieder werden Kinder Opfer von häuslicher Gewalt, Vernachlässigung und sexueller Gewalt in der Familie oder in öffentlichen Einrichtungen.

Kitas, Schulen, Jugendämter, Beratungsstellen und Vereine müssen für Transparenz und Kontrolle sorgen. Dafür muss die Politik die Weichen stellen. Mehr Personal bei den Jugendämtern und eine Ausweitung von Fachberatungsstellen schützen Kinder durch erhöhte Aufmerksamkeit. Für die Opfer muss überall schnell fachgerechte Hilfe zur Verfügung stehen.

Würdiges Leben im Alter

Ältere Menschen möchten meist in ihrer gewohnten Umgebung bleiben. Aus Mangel an Alternativen ziehen sie aber oft in ein Heim. Das Angebot häuslicher Pflege und Versorgung muss dem Bedarf älterer Menschen angepasst werden. Zu-



dem sind in den Pflegeheimen Ausstattung und Versorgung zu verbessern. Die Zahl der Ausbildungsplätze an den Altenpflegeschulen muss erhöht werden.

HessenCard

Die Hartz-IV-Regelätze führen zu einer deutlichen Einschränkung der Mobilität. Bildungs-, Kultur- und Sportangebote können kaum oder gar nicht genutzt werden. Die HessenCard soll allen Bezieherinnen und Beziehern von Sozialleistungen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Das bedeutet die bezahlbare Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und öffentlicher Sport-, Bildungs- und Kultureinrichtungen.

Inklusive Behindertenpolitik

Menschen mit Beeinträchtigungen werden in unserer Gesellschaft vielfältig behindert. Wir fordern:

- Öffentliche Gebäude, Sportstätten und Freizeitgelände müssen barrierefrei sein.
- Ebenso muss genügend barrierefreier Wohnraum geschaffen werden.
- Es müssen mehr Gebärdendolmetscher ausgebildet werden.
- Inklusive Beschulung von Kinder mit und ohne Beeinträchtigung muss zur Normalität werden.